Deutscher Bundestag **Drucksache 19/1299**

19. Wahlperiode 20.03.2018

Antrag

der Abgeordneten Dr. Alexander S. Neu, Heike Hänsel, Sevim Dağdelen, Michel Brandt, Christine Buchholz, Matthias Höhn, Andrej Hunko, Stefan Liebich, Thomas Lutze, Zaklin Nastic, Thomas Nord, Tobias Pflüger, Eva-Maria Schreiber, Helin Evrim Sommer, Alexander Ulrich, Kathrin Vogler und der Fraktion DIE LINKE.

Keine Stationierung neuer Nuklearwaffen in der Bundesrepublik – INF-Vertrag erhalten

Der Bundestag wolle beschließen:

I. Der Deutsche Bundestag stellt fest:

Der Abschluss des Vertrags über landgestützte Mittelstreckenraketen (Treaty on Intermedieate range Nuclear Forces/ INF-Vertrag) zwischen der Sowjetunion und den USA im Dezember 1987 demonstrierte der Welt die Möglichkeiten friedlicher Koexistenz und von Dialog und Vertrauensbildung. Als erster derartiger Vertrag überhaupt diente er nicht nur der Rüstungsbegrenzung, sondern der Abrüstung: Hunderte gefährlicher Nuklearraketen, die jahrelang die Existenz Europas und der Welt bedroht hatten, wurden abgebaut und verschrottet. Er leitete eine Periode der Verständigung und der Entspannung in Europa ein. Alle weiteren Verträge über Rüstungskontrolle, Rüstungsbegrenzung und Abrüstung, die heute noch gelten, bauen auf dem Vertrauen auf, das er schuf. Die aktuelle, von beiderseitigem Misstrauen geprägte Situation in Bezug auf den Vertrag ist hingegen besorgniserregend. Sollten die Konflikte um den Vertrag nicht gelöst werden, haben einflussreiche Sicherheitskreise der USA bereits mit einer Neustationierung dieser Waffen in Europa gedroht. Dies würde schon durch die erheblich reduzierten Vorwarnzeiten für diese Waffensysteme eine gravierende Erhöhung des Risikos für einen atomaren Konflikt bergen.

II. Der Deutsche Bundestag fordert die Bundesregierung auf,

- eine aktive Vermittlungspolitik zu beginnen und beide Seiten, die USA und Russland, zur Aufnahme eines konstruktiven Dialogs über die Zukunft des INF-Vertrags zu bewegen, und Fragen der Rüstungsbegrenzung und -verifikation im Rahmen des Vertrages gemeinsam zu lösen;

- im Rahmen dieser aktiven Vermittlungspolitik auch weiterführende Verhandlungen über alle weiteren, beide Seiten betreffenden Rüstungskontrollregime anzuregen, um den Beginn einer Politik der Vertrauensbildung und Entspannung zwischen Ost und West zu ermöglichen;
- im Rahmen der NATO gegenüber den USA zu verdeutlichen, dass die Bundesrepublik unter keinen Umständen einer Stationierung neuer zusätzlicher US-Nuklearraketen auf ihrem Territorium zustimmen wird;
- im Rahmen der NATO die stabilitätsgefährdende Rolle des NATO-Raketenschirms in Osteuropa zu thematisieren, und den umgehenden Rückbau seiner Einrichtungen, zuvörderst der Interzeptorenbasen, zu fordern;
- darüber hinaus die atomare Teilhabe im Rahmen der NATO aufzukündigen, und umgehend die taktischen Atomwaffen der USA aus der Bundesrepublik abziehen zu lassen;
- den Atomwaffenverbotsvertrag zu unterzeichnen, und dem Bundestag zur Ratifizierung vorzulegen.

Berlin, den 20. März 2018

Dr. Sahra Wagenknecht, Dr. Dietmar Bartsch und Fraktion

Begründung

Die mögliche Aufkündigung des Vertrags über landgestützte Mittelstreckenraketen (INF-Vertrag) würde eine gefährliche, weitere Erosion des Systems weltweiter Rüstungskontroll- und Abrüstungsvereinbarungen bedeuten. Diese Erosion wurde von den USA absichtlich und leichtfertig in Gang gesetzt: Auf dem Gebiet der konventionellen Rüstungsbegrenzung wurde der 1999 fertig verhandelte AKSE-Vertrag nie ratifiziert. Die USA stellten 2002 ihren Unwillen, Sicherheit gemeinsam mit Russland zu definieren, auch auf dem Gebiet der atomaren Rüstung unter Beweis: Sie kündigten einseitig den ABM-Vertrag, in dem beide Staaten auf die Entwicklung eines Raketenabwehrsystems verzichteten. Zur selben Zeit forcierten die USA die Strategie der Ostausdehnung der NATO, die - seit den 1990er Jahren bis heute - maßgebliche russische Sicherheitsinteressen ignoriert, und Sicherheit in Osteuropa nur gegen Russland definiert. Die USA und Russland bezichtigen sich gegenseitig der Verletzung der INF-Vertragsbestimmungen – die Angaben beider lassen sich nicht unabhängig verifizieren. Während Moskau jedoch zumindest politisch die Wichtigkeit der Architektur der Rüstungskontrollverträge anerkennt, stellt die Trump-Administration zur selben Zeit ganz offen auch andere wichtige Verträge zur Disposition. Die Verlängerung des NEW START-Abkommens über die Obergrenzen strategischer Nuklearwaffen z.B. droht 2021 zu scheitern, weil diese nach Worten des US-Präsidenten ‚nicht in Amerikas Interesse' sei. Auch auf russischer Seite herrscht nunmehr das nur-militärische Kalkül: Die jüngsten Entscheidungen zum Bau neuer supersonischer Interkontinental-Raketen und Marschflugkörper (W. Putin, Rede zur Lage der Nation, 1.3.2018) müssen in dieser Hinsicht als Reaktion auf die Gefährdung des strategischen Gleichgewichts aus russischer Sicht gesehen werden. Die Installation des NATO-Raketenschirms, und insbesondere die US-Interzeptorenbasen, die zu Land und zur See um das Land herum stationiert sind, werden hierbei von Russland als existenzielle Bedrohung aufgefasst.

Die USA betreiben eine immer waghalsigere Nuklearwaffenstrategie, die nicht auf Verständigung und Dialog, sondern auf Drohung und möglichen Kernwaffeneinsatz setzt. Die seit 2010 vorangetriebene US-Atomwaffenmodernisierung, für die unter dem früheren Präsidenten Obama bereits Hunderte Milliarden Dollar aufgewendet wurden, soll jetzt, der neuen Nuklearstrategie US- Präsident Trumps folgend, noch einmal mit noch mehr Mitteln forciert werden. Führende Hardliner im US-Kongress fordern in Bezug auf den INF-Streit schon seit Jahren die

Stationierung von neuen US-Atomwaffen in Europa. Teil des Modernisierungsprogramms ist die Miniaturisierung auch der in Deutschland lagernden taktischen US-Atomwaffen, um deren Einsatz leichter möglich zu machen.

Weder die amtierende noch die neue Große Koalition leisten diesem Kurs der atomaren Konfrontation und Verantwortungslosigkeit Widerstand. Beide haben sich nicht dazu entschließen können, die USA aufzufordern, ihre atomaren Massenvernichtungswaffen von deutschem Boden abzuziehen. Im Gegenteil, der Koalitionsvertrag der neuen Regierung Merkel bekräftigt ausdrücklich das Festhalten der Bundesrepublik an der atomaren Teilhabe. Es besteht daher keinerlei Anlass für die deutsche Bundeskanzlerin, in einer gemeinsamen Erklärung ausgerechnet mit US-Präsident Trump aktuell eine ‚wachsende atomare Aufrüstung Russlands' zu beklagen, während die vorhergehenden Schritte der USA, und z.B. auch die Weigerung Deutschlands und anderer NATO-Staaten, aus der nuklearen Teilhabe auszusteigen, ausgeblendet werden.

Stattdessen sollte die Bundesregierung jetzt die Chance ergreifen, und mit einer abrüstungspolitischen Initiative auf beide Vertragsparteien zugehen. Eingedenk der ‚sehr wahrscheinlichen' Möglichkeit einer Stationierung von nuklear bestückten Mittelstreckenraketen in Europa (so der frühere Bundesaußenminister Gabriel) sollte die Bundesregierung etwaigen Plänen der USA, noch weitere Nuklearwaffen in Europa zu platzieren, entschiedenen Widerstand entgegensetzen. Die Waghalsigkeit der NS-Nukleardoktrin unter Präsident Trump als oberstem US-Befehlshaber muss darüber hinaus endlich Anlass sein, die nukleare Teilhabe der Bundesrepublik zu beenden, und damit die Forderungen des Atomwaffenverbotsvertrags zu erfüllen.